

26.02.2024

Ersetzungsantrag zum Antrag der 2/AfD2024

Sitzung des Kreistages am 28.02.2024

## **Brief an die Bundesregierung**

Der Kreistag möge beschließen:

- (1) Der Kreistag beschließt den Brief an die Bundesregierung
- (2) Der Landrat wird beauftragt, den Text des Briefes als Position des Landkreises an den Bundeskanzler und die Mitglieder der Bundesregierung zu übermitteln.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,  
sehr geehrte Mitglieder der Bundesregierung,

als politische Vertreter des Landkreises Oder-Spree ist es unser oberstes Ziel, den Einwohnern eine lebenswerte Umgebung zu schaffen - durch Gestaltung der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung unserer Region

Dieses Ziel sehen wir durch die Bundespolitik massiv gefährdet  
Den Herausforderungen der vergangenen Jahre begegneten die Bürgerinnen und Bürgern mit hohem Einsatz und beispielloser Solidarität  
Auch die Kommunen haben enorme zusätzliche finanzielle und personelle Anstrengungen unternommen um die Krisenbewältigung zu unterstützen.  
Weitere Mehrbelastungen, wie sie jetzt als Reaktion auf den russischen Angriffskrieg entstehen, sind nicht mehr hinnehmbar. Seitens der Bundesregierung gibt es keinerlei wahrnehmbares Bemühen um Diplomatie  
Waffenlieferungen und entfesselte Sanktionsmaßnahmen sind derzeit das alleinige Mittel der Wahl.

Wir wollen uns nicht anmaßen zu wissen, was die richtigen Mittel sind in dieser politischen Situation. Aber wir wissen, dass die Wirtschaft unseres Landes und der Wohlstand unserer Bevölkerung nur aufrechterhalten werden kann, wenn wir friedliche und neutrale Beziehungen zu anderen Ländern anstreben.

Deutschland verfügt nicht über Bodenschätze, Rohstoffe oder ausreichend sonstige Energiequellen und ist deshalb in hohem Maße abhängig von anderen Ländern  
Auch, wenn dort andere Werte gelebt werden, darf ein

dauerhafter Konflikt- oder gar Kriegszustand mit diesen Ländern niemals Ergebnis der deutschen Politik sein!

Angesichts der bereits jetzt absehbaren Folgen betrachten wir die Entwicklungen mit äußerster Sorge und Fassungslosigkeit. Dabei gilt unser tiefes Mitgefühl den vielen Opfern des Krieges und auch jenen, die unter Sanktionen existenziell zu leiden haben.

Derzeit wird der soziale Frieden in unserem Land auf eine harte Probe gestellt. Rezession und Betriebsschließungen sowie horrenden Energiekosten treiben tausende Menschen nun regelmäßig auf die Straßen. Das Vertrauen in Staat und Politik erodiert in wachsenden Teilen der Gesellschaft. Wenn sich der politische Kurs nicht ändert, werden die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen verheerend sein.

Symbolische Hilfen beheben leider keines der ursächlichen Probleme. Um es in den Worten Helmut Schmidts zu sagen: „In der Krise beweist sich der Charakter.“ Wir rufen Sie als Bundesregierung deshalb auf, alles zu unterlassen, was diesen Krieg verlängert und alles dafür zu tun, dass die Waffen schweigen!

Mit freundlichen Grüßen

**Begründung:**

Dieser Text wurde folgt weitgehend dem von den Fraktionen am 30. 11.2022 eingebrachten Antrag, der damals Stimmengleichheit erreichte. Zwischenzeitlich ist die Lage nach deutlich gefährlicher geworden und viele Menschen sind im Krieg gestorben, von den Folgen der Entwicklung schmerzhaft betroffen, gehen auf die Straße, um eine Änderung der Politik zu erreichen.

Wir gehen davon aus, dass diese Entwicklung auch an den Mitgliedern des Kreistages nicht vorbeigegangen ist und stellen den Text deshalb nochmals zur Abstimmung.